

PRESSEMITTEILUNG

EU-Parlament nutzt letzte Chance für nachhaltige Fischerei

Subventionen feuern jedoch weiterhin die Überfischung an

Das Europäische Parlament (EP) hat heute beschlossen im Zuge der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU (GFP) die Fangquoten für die EU-Gewässer ab 2015 nur noch an wissenschaftlichen Empfehlungen auszurichten. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) begrüßt diese Entscheidung als ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Maßnahme, da die Fischbestände mittlerweile massiv eingebrochen sind, so dass ihre Regeneration gefährdet ist. Nun müssten auch die Fischereisubventionen abgebaut werden.

Die gesamte Fangflotte der EU ist heute in der Lage, zwei- bis dreimal mehr Fisch zu fangen, als wissenschaftliche Empfehlungen nahe legen. Trotzdem zahlt die EU bisher weiter Subventionen für die Erweiterung der Flottenkapazitäten.

„Wenn die Fangquoten zukünftig sinken ist es noch absurder, trotzdem durch EU-Subventionen die Flottenkapazitäten weiter aufzublähen,“ kritisiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS. „Werden nun nicht auch die Flottenkapazitäten reduziert, droht die Überfischung in nicht-EU Gewässern umso stärker zuzunehmen weil europäische Flotten verstärkt in andere Gewässer ausweichen.“

Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag des FÖS sprachen sich 75 Prozent der Deutschen dafür aus, statt die Fischereiflotte zu subventionieren, die Steuergelder besser für die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Fischbeständen zu verwenden. Selbst Fischereiunternehmen, die gegen Fangverbote verstoßen würden derzeit weiter subventioniert.

„Um die Fischbestände mittelfristig zu sichern muss die EU auf ihre Bürgerinnen und Bürger hören und aufhören mit Steuergeldern Überfischung zu subventionieren“, so Ludewig. Über die Zukunft der Fischereisubventionen entscheidet das EU-Parlament im Mai 2013.

Die Originaldaten der Umfrage der einzelnen Länder finden Sie unter <http://www.foes.de/pdf/2012-10-Daten-Umfrage-Fischereisubventionen.pdf>. Die Pressemitteilung vom 20.12.2012: „Subventionierte Überfischung: Geförderter Raubbau wird politisch fortgesetzt“ finden Sie unter <http://foes.de/pdf/2012-12-20-PM-Subventionierte-Ueberfischung.pdf>.

Kontakt: Sebastian Buschmann, FÖS, sebastian.buschmann@foes.de, (030-76 23 991-46)